



## **PRESSEMITTEILUNG**

---

Berlin, 10. November 2017

### **Jamaika auf die Fahne geschrieben: „Schluss mit dem Klein-Klein. Wir brauchen Konzepte gegen Altersarmut!“**

**Die Präsidentin des Bundesverbandes der Rentenberater e.V., Anke Voss, warnt die Koalitionspartner vor sinnlosem Streit in Rentenfragen und legt eine Roadmap für notwendige Reformen vor.**

„Rentenfragen sind für die Menschen ganz zentrale Lebensthemen, aber in den Koalitionsgesprächen wird – wenn überhaupt – über die Rente geredet, als wären wir noch im Wahlkampf.“, sagt Voss. „Fragen wie: ‚Soll die Rente mit 63 wieder abgeschafft werden? Soll die Mütterrente aufgestockt werden?‘ sorgen für Verunsicherung und zerstören das Vertrauen in eine starke Rente. Dieses Klein-Klein muss beendet werden, bevor es überhaupt richtig anfängt. Die Verantwortlichen sollen sich um die Bereiche kümmern, die bei der letzten Rentenreform liegengeblieben sind“, fordert die Präsidentin des Bundesverbandes der Rentenberater e.V.

#### **Das wichtigste Thema: Konzepte gegen Altersarmut**

Viel mehr Menschen werden künftig von Grundsicherung leben müssen. Geringe Löhne, gebrochene Erwerbsbiografien und ein später Eintritt in das Berufsleben machen adäquate Vorsorge immer schwieriger.

Gesundheitlich bedingte Frühverrentung stellt dabei ein besonders hohes Armutsrisiko dar. Die Forderung von Anke Voss: „Bei der Erwerbsminderungsrente darf es keine Abschlüsse mehr geben. Wer zu krank ist, um zu arbeiten, darf nicht fallen gelassen werden.“

#### **Mindestrente**

Die Präsidentin des Bundesverbandes der Rentenberater e.V. regt an, die Wiedereinführung einer Regelung mit Mindestentgeltpunkten zu diskutieren. „Wahrscheinlich wissen heute nur noch die Wenigsten, dass es schon mal einen guten Ansatz gegen Altersarmut gab.“ sagt Voss.

Bei dieser Regelung werden bei der Berechnung der Rente Zeiten mit niedrigem Einkommen teilweise angehoben.

Die Präsidentin des Bundesverbandes der Rentenberater e.V. weiter: „Mit einigen Anpassungen könnten wir ein gerechtes System aufbauen, das auch bei Niedriglohneempfängern die Gefahr von Altersarmut verringern würde.“



## Öffnung der Rente für Alle

Anke Voss will auch die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für freiwillige Beitragszahler voranbringen.

„Die gesetzliche Rente bindet vor allem Arbeiter und Angestellte ein und selbst die haben hier keine Möglichkeiten, sich neben ihren Pflichtbeiträgen freiwillig bzw. höher zu versichern. Das muss sich ändern. Auch für die besondere Situation von sogenannten Solo-Selbstständigen brauchen wir dringend Vorsorgekonzepte. Sie sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenfalls einen individuellen und flexiblen Zugang zu diesem starken Vorsorgesystem bekommen, wenn sie das wollen.“, betont Voss.

Im Vergleich zur privaten Vorsorge erfreut sich die gesetzliche Rentenversicherung bereits seit einigen Jahren wieder einer höheren Beliebtheit. Um diesen Trend zu verstärken, sollten sich mehr Menschen in der gesetzlichen Rentenversicherung absichern und auch höher versichern können und damit besser für das Alter vorsorgen.

## Mütterrente

Präsidentin Anke Voss, wiederholt die Forderung des Bundesverbandes der Rentenberater e.V., dass die Rente für Erziehungszeiten vollständig aus Steuermitteln bezahlt und nicht von der Rentenversicherung getragen werden soll. „Wer Kinder großzieht, leistet einen wichtigen Beitrag für die ganze Gesellschaft. Deswegen muss die Rente für diese Leistung auch von Allen gezahlt werden und nicht nur von den Beitragszahlern der gesetzlichen Rentenversicherung“.

Aus diesem längst überfälligen Beitrag der Gesamtgesellschaft könnten Leistungsverbesserungen für Elternrenten leicht finanziert werden.

## Belastung der Beitragszahler

Außer bei den Rentenbeiträgen beteiligen sich die Arbeitgeber sowohl bei der Riesterrente als auch bei Krankenkasse und Pflegeversicherung nur noch eingeschränkt an den Sozialversicherungsbeiträgen. Und dieser Trend verstärkt sich sogar noch. Auch bei Betriebsrenten sollen die Arbeitnehmer die größere Last selbst übernehmen.

„Deutschland geht es wirtschaftlich sehr gut und deshalb sollten die Arbeitgeber in der gleichen Größenordnung einzahlen wie Angestellte und Arbeiter. Dann hätte die Sozialversicherung ausreichende Mittel um viele Bevölkerungsschichten besser abzusichern.“

Nach Ansicht des Bundesverbandes der Rentenberater e.v. wäre es möglich, die gesetzliche Rente durch solche Reformen leistungsfähiger und gerechter zu gestalten. Neben gerechten Löhnen und Gehältern, von denen die Menschen leben und vorsorgen können, kann vor allem eine starke gesetzliche Rente die Menschen wirklich vor Armut im Alter schützen.

Der Bundesverband der Rentenberater e.V. ist seit 1976 die allgemein anerkannte Berufsorganisation der in Deutschland tätigen Rentenberater. Rentenberater sind unabhängige Rechtsberater und nur ihren Mandanten verpflichtet. Sie sind Spezialisten auf dem Gebiet des Rentenrechts und können wie Anwälte ihre Mandanten im Rahmen ihrer Befugnisse vor Sozial- und Landessozialgerichten vertreten. Über die im Bundesverband der Rentenberater e.V. organisierten Rentenberater erhalten Ratsuchende fachkundige Hilfe in Fragen des Sozialversicherungsrechts sowie der betrieblichen und berufsständischen Vorsorge.

Bundesverband der Rentenberater e.V.  
Potsdamer Straße 86  
10785 Berlin

[www.rentenberater.de](http://www.rentenberater.de)  
[presse@rentenberater.de](mailto:presse@rentenberater.de)

Telefon: 030 62 725 502  
Telefax: 030 62 725 503